

Die Schweiz und das Europa der Zwölf : abkapseln oder mitgestalten?

Autor(en): **Thalmann, Jörg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein**

Band (Jahr): - **(1986)**

Heft 2

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-938149>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Schweiz und das Europa der Zwölf:

Abkapseln oder mitgestalten?

Die Zahl der Nicht-EG-Länder in Westeuropa schrumpft. Seit 1958 hat sich die Mitgliederzahl der Europäischen Gemeinschaften von 6 auf 12 verdoppelt. Umgekehrt dazu schwand die Mitgliedschaft der rivalisierenden Wirtschaftsorganisation, der Europäischen Freihandels-Assoziation EFTA, zwar nur von 9 auf 6, weil Irland, Griechenland und Spanien vor ihrem EG-Beitritt nicht EFTA-Mitglieder waren. Der Gewichtsverlust der EFTA ist dennoch eindrücklich.

Zwar hatte die Freihandels-Assoziation nie dieselbe Bedeutung wie die EG, weil nur diese ein europapolitisches Globalkonzept verfolgte; die EFTA enthielt sich aller politischen Ambitionen und strebte selbst im Wirtschaftsbe- reich nicht die Verflechtung ihrer Volkswirtschaften an, sondern nur den Freihandel mit Fertigprodukten – und auch diesen nur auf dem Industriesektor, ohne Landwirtschaft, Kapitalverkehr, Freizügigkeit der Arbeitskräfte und Dienstleistungen in den Verschmelzungsprozess einzubeziehen.

EG-Modell hat sich durchgesetzt

Dennoch konnte man in den sechziger Jahren das Nebeneinander von EG und EFTA noch als ein – wenn auch asymmetrisches – Gleichgewicht ansehen. Damals herrschte noch eine echte Konkurrenz zwischen ihnen: Die EG schlug den Europäern für die Gestaltung ihrer Zukunft ein ambitioniertes Vollintegrationsprogramm vor, die EFTA den bescheidenen, aber auch weniger problem- und krisenanfälligen Industriefreihandel. Nach dem EG-Beitritt von

Spanien und Portugal ist aber endgültig klar, dass die EG diesen Wettbewerb gewonnen hat. Das EG-Modell hat sich durchgesetzt, und die sechs übriggebliebenen Mitgliedstaaten der EFTA – die Schweiz, Österreich, Schweden, Norwegen, Finnland und Island – sind Ausnahmen geworden, mit einem in der Schweiz gar nicht unbeliebten Wort: Sonderfälle.

In früheren Jahrhunderten hätte eine solche Entwicklung Einkreisungsängste ausgelöst. Davon ist nichts zu spüren. Die EG hat jeglichem Imperialismus abgeschworen und respektiert ohne Wenn und Aber die Länder, die draussen bleiben wollen.

Zwei politische Probleme entstehen der Schweiz trotzdem aus der neuen Konstellation: Sie wird nicht verhindern können, dass die ganze übrige Welt die EG immer mehr als politischen Sprecher ganz Westeuropas ansieht. Und in Europa selber wird sie mit den anderen Nicht-EG-Ländern dauernd darum kämpfen müssen, dass der Strassburger Europarat, das einzige politische Forum Westeuropas, an welchem sie teilnehmen, neben der EG nicht zur Bedeutungslosigkeit absinkt.



Für die Abschaffung aller Zollschranken in Europa: Demonstration vor dem Sitz des Europäischen Parlaments in Strassburg.

Zusammenarbeit statt Rivalität

Auch wirtschaftlich muss die Schweiz nicht fürchten, von der EG 'erdrückt' zu werden. Je grösser die EG wurde, desto mehr ersetzte sie das alte Rivalitätsgefühl durch den ehrlichen, in jüngster Zeit geradezu drängenden Wunsch nach Zusammenarbeit mit den EFTA-Staaten. Ab 1973 verwirklichte sie in bilateralen Abkommen den Industriefreihandel mit ihnen, und in der «Luxemburger Erklärung» von 1984 formulierten die beiden Ländergruppen erstmals ein gemeinsames Ziel für Westeuropa: die Schaffung eines «dynamischen europäischen Wirtschaftsraums», dessen Mittelpunkt und Motor der «Binnenmarkt ohne Grenzen» sein wird, zu dem sich die EG bis 1992 entwickeln will.

Jenseits des Freihandels

Dies ist die grösste Herausforderung für die Schweiz in der neuen Konstellation. Damit tun wir erstmals einen Schritt über das Frei-

handelskonzept hinaus, welches unserer Europapolitik dreissig Jahre lang einen einfachen und sicheren Rahmen verschafft hat. Werden bloss Fertigprodukte ausgetauscht, so bleibt die wirtschaftliche Autonomie des sie produzierenden Staates völlig intakt.

Wird nun aber die Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen gesucht. (Forschung, Umweltschutz, Verkehr, Landwirtschaft, Energie, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit usw.), so muss sich zwar die Binnenstruktur der schweizerischen Wirtschaft gewiss nicht sklavisch den Entwicklungen in der EG anpassen; aber ohne ein Minimum an freiwilliger oder vertraglich vereinbarter Harmonisierung wird diese Intensivierung der Beziehungen nicht möglich sein. Wettbewerbspolitik, Umweltschutzaufgaben, Verkehrssteuern, Industrienormen, um nur ein paar wenige Beispiele

herauszugreifen, müssen nicht identisch, wohl aber kompatibel mit den entsprechenden EG-Regelungen werden. Ohne dem Rechtszwang von EG-Vorschriften unterworfen zu sein, muss die Schweiz doch Wege finden, um diese Kompatibilität herzustellen und dabei ihre Interessen voll einzubringen.

Neue Optik erforderlich

Diese Aufgabe ist nicht ganz neu für die Schweiz. Aber der Umfang dieser Harmonisierungen dürfte sich mittelfristig derart vermehren, bis sie nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel sind. Unsere Diplomatie scheint dafür gerüstet, hatte sie doch schon seit dreissig Jahren ähnliche Aufgaben punktuell zu bewältigen. In der Verwaltung dürfte aber die

se neue Dimension der Schweizer Aussenwirtschaftsverflechtung einige Umstellungen in Geist und Praxis erfordern. Eine neue Blickweise wird aber vor allem die Schweizer Industrie zu entwickeln haben. Bei Schweizer Auslandsunternehmen, die mit der EG zu tun haben, gibt es ein wachsendes Unbehagen darüber, dass die Schweizer Binnenwirtschaft, vor allem die kleineren Unternehmen, noch fast keine Sensibilität für die Wandlung in der westeuropäischen Integrationswelt entwickelt zu haben scheinen und riskieren, in einigen Jahren von den Neuentwicklungen abgehängt zu sein. ●

Jörg Thalman, Korrespondent von «Basler Zeitung» und «Der Bund» in Brüssel



Offizielle Mitteilungen

Beitritt der Schweiz zur UNO:

Erklärung von Bundesrat Pierre Aubert vor der Presse nach der eidg. Volksabstimmung vom 16. 3. 1986

Volk und Stände haben heute, wie es die Verfassung verlangt, über den Beitritt unseres Landes zur UNO abgestimmt. Volk und Stände haben sich gegen den Beitritt ausgesprochen. Der Bundesrat bedauert diesen Entscheid, respektiert jedoch den in aller Freiheit ausgedrückten Willen des Souveräns.

Dieser negative Entscheid stellt, wie die Abstimmungskampagne gezeigt hat, die Grundlagen unserer Aussenpolitik nicht in Frage. Für den Bundesrat werden die dauernde und bewaffnete Neutralität, die Solidarität mit der Völkergemeinschaft sowie die Universalität in unseren auswärtigen Beziehungen und die Disponibili-